

ARBEITSKREIS MENSCHENRECHTE (AKM)
- Working Group for Human Rights -

Thomas Müller
Am Pandyck 31
D-47443 Moers / Germany
Tel. 02841-9163753
E-Mail: info@akm-online.info
Internet: www.akm-online.info

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Mitteilung erhalten Sie im Rahmen des E-Mail-Aktionskreises von

- > Arbeitskreis Menschenrechte (AKM) und
- > Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Arbeitsgruppe München (IGFM-München)

Diese Information finden Sie auch im Internet unter: <https://akm-online.info/RUNDBRIEFE>. Wenn Sie unsere Mitteilungen nicht mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns das bitte mit unter: info@akm-online.info

Empfehlen Sie unsere Rundbriefe gerne weiter. Kennen Sie Personen, die daran Interesse haben könnten, teilen Sie uns gerne die E-Mail-Adresse mit; wir nehmen dann Kontakt auf.

Unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit auch als **IGFM-Mitglied**: <https://www.igfm.de/mitglied-werden/>

KURZ und BÜNDIG vorab

> **DEUTSCHLAND:** Christenfeindliche Gewalt – Deutschland verzeichnet am meisten Brandstiftungen an Kirchen



Die **Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen in Europa** (OIDAC Europe) bezeichnet es als überaus besorgniserregend, dass in der Bundesrepublik allein 33 Fälle von Brandstiftung an Kirchen registriert worden seien – mehr als in jedem anderen europäischen Land.

Mehr: <https://www.welt.de/politik/ausland/article6919efc94ad4d3badfd4fc43/gewalt-gegen-christen-wachsende-intoleranz-ngo-warnt-vor-klima-in-deutschland.html?cid=socialmedia.email.sharebutton>

+ + +

> MYANMAR (BIRMA): Fotojournalist Sai Zaw Thaike freilassen!

Seit der Machtübernahme durch das Militär sind unabhängige Medien verboten oder ins Exil gezwungen. Trotz dieser Gefahr, als der Zyklon Mocha im Mai 2023 nach Myanmar einschlug, reiste der Fotojournalist **Sai Zaw Thaike** undercover in den Rakhine State, um über die Verwüstung zu berichten. Aber nach einer Woche dort wurde Sai Zaw verhaftet. Er wurde verhört, geschlagen und im September 2023 von einem Militärtribunal zu **20 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit** verurteilt.



Die **Australische Sektion von Amnesty International** hat zu seinen Gunsten eine **Online-Petition** initiiert, die Sie über folgenden Link erreichen: https://action.amnesty.org.au/act-now/myanmar-free-photojournalist-sai-zaw-thaike?utm_medium=email&utm_campaign=20251106_IMP_W4R_1984_W4R2025%20MYANMAR%20SAI%20ZAW%20THAIKE&utm_content=20251106_IMP_W4R_1984_W4R2025%20MYANMAR%20SAI%20ZAW%20THAIKE+Version+A+CID_9424d784f30d999a8ebd0b6b49fa164&utm_source=Email&utm_term=HELP%20ME%20FREE%20MY%20FRIEND%20AND%20PHOTOJOURNALIST%20SAI%20ZAW

+ + +

> **EUROPÄISCHE UNION:** „Bitte handeln Sie jetzt - für das Lebensrecht in Europa!“

Mit diesem Appell wendet sich die Bundesvorsitzende der **Aktion Lebensrecht für Alle e.V.**, www.alfa-ev.de, **Cornelia Kaminski**, an die Bürger.



Konkret geht es um die Europäische Bürgerinitiative „My Voice, my Choice“. Diese Initiative fordert, EU-weit den Zugang zu Abtreibungen auch in Ländern zu ermöglichen, deren Gesetze das bisher nicht erlauben. Dazu sollen Mitgliedstaaten, die legale Abtreibungen anbieten, Frauen aus anderen EU-Ländern versorgen – auf Kosten eines EU-Fonds. „Das unterläuft nationale Schutzgesetze und verschiebt Kompetenzen auf gefährliche Weise“, so die ALfA-Vorsitzende. Die Initiative widerspricht der europäischen Grundordnung, da sie das Lebensrecht ungeborener Kinder missachtet. Sie beruht auf dem Mythos, es existiere ein Menschenrecht auf Abtreibung, obwohl die

Charta der Grundrechte das Recht auf Leben schützt. Echte Solidarität bedeutet Hilfe und Unterstützung für Schwangere, nicht einen staatlich finanzierten „Abtreibungstourismus“.

>>> Die Aktion **Lebensrecht für Alle** hat dazu eine **Postkartenaktion an EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen** initiiert.

Mehr hierzu: https://www.alfa-ev.de/produkt/postkarten-fuer-menschenwuerde-und-lebensrecht-in-europa/?utm_source=CleverReach&utm_medium=email&utm_campaign=12.11.25+&utm_content=Mailing_16647531

Wer möchte, kann aber auch den nachfolgenden Text **per Mail** verschicken (über von der Leyens Kabinettchef) oder über das **Kontaktformular der Kommissionspräsidentin**: https://commission.europa.eu/about/organisation/president/contact-president_de

+ + +

Kommissionspräsidentin
Frau Ursula von der Leyen
c/o: Kabinettchef Björn Seibert
Rue de la loi, 200
1049 Brüssel
Belgien

E-Mail: bjorn.seibert@ec.europa.eu

Sehr geehrte Frau von der Leyen,

bitte lehnen Sie „My Voice, My Choice“ ab.

EU-Gelder dürfen nicht zur Förderung von Abtreibungen genutzt werden. Die Verantwortung für dieses sensible Thema muss bei den Mitgliedstaaten bleiben – für Subsidiarität, Menschenwürde und den Schutz des Lebens.

Freundliche Grüße

+ + + + +

SYRIEN: Christlicher Bürgermeister verhaftet und nun in Isolationshaft

Quelle: *Christen in Not*, <https://christeninnot.com/suleiman-khalil-syrien/>

Am 08. Februar 2025 wurde **Suleiman Khalil**, 51-jähriger Christ und früherer Bürgermeister von Sadad, von Sicherheitskräften der Übergangsregierung von Ahmed al-Scharaa ohne Angabe von Gründen festgenommen. Seither sitzt er in **Isolationshaft**, anwaltliche Vertretung wird ihm verweigert.



Nach intensiven Bemühungen der Kirche wurde sein Aufenthaltsort zunächst in der Militärischen Sicherheitsabteilung in Homs und später im Zentralgefängnis der Stadt bekannt.

Für seine Familie ist die Festnahme unerklärlich und wirkt willkürlich.

Beobachter sehen darin eine späte Rache an einer christlichen Führungsperson, die sich im Kampf gegen den IS besonders hervorgetan hat.

Khalil war über Jahre mutiger Verteidiger seiner Stadt: 2015 rettete er Sadad vor einem Angriff der Dschihadisten, setzte sich für den Wiederaufbau des Krankenhauses ein und

bewahrte das christliche Erbe. Seine Verhaftung zeigt, wie bedroht Christen und andere Minderheiten in Syrien auch nach dem Machtwechsel bleiben.

Sadad ist eine sehr alte Ortschaft, die wahrscheinlich mit dem biblischen **Zedad** übereinstimmt, so im 4. Buch Mose (Numeri 34:8) und bei Hesekiel (Ez 47: 15). Das Christentum hielt sich in dem abgelegenen Ort auch nach der islamischen Eroberung im 7. Jahrhundert, während das ursprünglich hier gesprochene Westaramäische durch das Arabische verdrängt wurde.



>>> Bitte helfen Sie mit, die Freilassung Suleiman Khalil zu erreichen, indem Sie das nachfolgende Schreiben kurzfristig an die genannten Stellen schicken.

+ + +

His Excellency
Mr. Ahmed Hussein al-Sharaa
President of Syria
c/o Botschaft der Arabischen Republik Syrien
Rauchstraße 25
D-10787 Berlin

E-Mail: info@syrianembassy.de

Your Excellency,

on February 8, 2025, Mr. **Suleiman Khalil**, a 51-year-old Christian and former mayor of Sadad, was arrested by security forces. Since then, he has been held in solitary confinement without access to legal counsel. His family still has no reliable information about his condition or whereabouts.

I respectfully urge you to release Mr. Suleiman Khalil, along with all those detained for political reasons, immediately and unconditionally. I further appeal to you to ensure that the fundamental rights and the safety of all citizens in Syria are fully protected.

Yours respectfully

KOPIEN:

>>> **Auswärtiges Amt**, Werderscher Markt 1, D-10117 Berlin, E-Mail:
buergerservice@diplo.de

>>> **Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe**, Dr. Lars Castellucci, E-Mail:
menschenrechtsbeauftragter@diplo.de

>>> **Deutscher Bundestag, Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe**, Platz der Republik 1, D-11011 Berlin, E-Mail:
menschenrechtsausschuss@bundestag.de

TRANSLATION / ÜBERSETZUNG

Am 08. February 2025 wurde **Suleiman Khalil**, ein 51-jähriger Christ und ehemaliger Bürgermeister von Sadad, von Sicherheitskräften festgenommen. Seitdem befindet er sich in Isolationshaft, ohne Zugang zu einem Anwalt. Seine Familie weiß bis heute nicht zuverlässig über seinen Zustand Bescheid.

Ich bitte Sie, Suleiman Khalil und alle aus politischen Gründen Inhaftierten unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die Grundrechte und die Sicherheit aller Bürger in Syrien gewährleistet werden.